Vorschläge für die Empfehlungen der Antragsprüfungskommission

Vorsitzende: Ilse Fetik, Stv.: Franz Georg Brantner, Sabine Hafenscher

3. Sitzung: 20.10.2015 (13 – 16 Uhr)

Antrag zur Änderung der GO und Leitanträge

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag/ | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung | **Folgende Paragraphen wurden einstimmig zur Annahme empfohlen:** 5, 8, 9,12, 15, 16, 20, 22, 26,27, 29, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 38, 46, 47;  **Folgende** **mehrheitlich**: 10, 19 und 21; |  |
|  | Leitantrag Mission Statement | **Annahme**  (Mehrheitlich) |  |
|  | Leitantrag Steuern Änderungsantrag Kollegin Elisabeth Weihsmann | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:  Bei der Grundsteuer: Streichung des Satzes „Im Rahmen der Neubewertung ist sicher zu stellen, dass es dadurch nicht zu einer Erhöhung sonstiger – an die Höhe der Einheitswerte – gekoppelter Gebühren kommt.“ Verbleib der Forderung nach Streichung der Anrechenbarkeit der Grundsteuer im Betriebskostenkatalog.  Unter Überschrift „Vermögensbezogene Steuern“ nach „In den letzten Jahren“ Einschub von „und im Rahmen der Steuerreform 2015/16“. | Begründung: Die Einheitswerte werden beim landwirtschaftlichen Besitz für die Befreiung z.B. von Studiengebühren u.a. herangezogen. Zu fordern, dass es durch die Neubewertung zu keiner an die Höhe der Einheitswerte gekoppelten Gebühren kommen darf, scheint entbehrlich. |
|  | Leitantrag Faire Arbeitsbedingungen | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:  4. Forderungspunkt im Kapitel Gesunde Arbeit lautet neu: „Verpflichtende Maßnahmen zur Umsetzung von alters- und alternsgerechtem Arbeiten durch ArbeitgeberInnen.“  Einfügen einer Fußnote zur Forderungsüberschrift: „Altersgerechte Arbeitsgestaltung berücksichtigt die physischen und psychischen Veränderungen im Alter (z.B. Abnahme der Sehkraft) und zielt darauf ab, diese auszugleichen (z.B. durch Anpassung der Arbeitsumgebung). Im Unterschied dazu ist alternsgerechte Arbeit als präventiver Ansatz zu sehen, mit dem das Ziel verfolgt wird, die Arbeitsfähigkeit für die gesamte Dauer der Erwerbsfähigkeit zu erhalten und zu fördern. Notwendig ist beides: alters- wie auch alternsgerechte Arbeit.“ |  |
|  | Leitantrag Gute Arbeitszeiten | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  **Änderungen:**   * Der Abschnitt „Fazit“ wird nach dem ersten Satz durch folgenden Satz ergänzt: **„**Dabei gilt es zu gewährleisten, dass Arbeitszeitverkürzung nicht zu Arbeitsverdichtung führt, sondern eine Verteilung der Arbeit zur Folge hat, die mehr Menschen Beschäftigung gibt und nicht zuletzt auch eine geschlechtergerechte Aufteilung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Arbeit (etwa für Betreuungs-, Haushalts- oder Pflegearbeit) nach sich zieht.“ * Ergänzung des Ersten Forderungspunktes zur Verkürzung Wochenarbeitszeit, erster Satz: „(…) sowie Personalausgleich“ * Ergänzung letzter Forderungspunkt zu Jahresarbeitszeit: „Verpflichtende Personaleinstellung im Falle dauerhafter und regelmäßiger Mehr- und Überstunden bzw. verpflichtende Berücksichtigung des Wunsches nach Arbeitszeitaufstockung von Teilzeitbeschäftigten.“ |  |
|  | Leitantrag Mitbestimmung und kollektives Arbeitsrecht | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
|  | Leitantrag Wirtschaft | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderungen  Beim Abschnitt „Finanzmärkte Bankenregulierung – Forderungen“ im fünften Absatz: Streichung des 3. und 4. Satzes und Ergänzung des 1. und 2. Satzes sodass der Absatz folgendermaßen lautet:  „Es war ein Erfolg, dass sich vorerst 11 Staaten auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer geeinigt haben. Durch massives Lobbying der Finanzbranche ist die Einführung und die Einigung auf ein gemeinsames Modell hintertrieben worden. Die GPA-djp setzt sich für eine möglichst breite Finanztransaktionssteuer ein.“ |  |
|  | Leitantrag Soziale Sicherheit | **Annahme**  (Einstimmig)  Änderung:  Bei Abschnitt „Abfertigung Neu“ vierter Absatz, Umformulierung des ersten Satzes: „Parallel zur – grundsätzlich anzustrebenden - Erhöhung des gesetzlichen Beitrages muss die Effizienz des Systems verbessert werden.“ |  |
|  | Leitantrag Bildung | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
|  | Leitantrag EU/Internationales | **Annahme**  (Mehrheitlich) |  |
|  | Leitantrag Gesellschaftspolitik | **Annahme mit Ergänzung**  **Ergänzung des ersten Forderungspunktes zur Überschrift:** „Raschere und leichtere Integration in den Arbeitsmarkt“, dieser lautet nun:  **„Für Drittstaatenangehörige mit einem Aufenthaltstitel - dazu zählen auch Asylsuchende - ist der Zugang zum Arbeitsmarkt unter Prüfung und Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage, mit dem von EU-BürgerInnen gleichzustellen.“** | (wurde bevor die Ergänzung vorgenommen wurde einstimmig zur Annahme empfohlen) |
|  | Leitantrag Leitlinien zur KV-Politik | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Ad 1.4: 1. Satz im zweiten Absatz: Statt längerer Lebensarbeitszeit „längere Erwerbsphase“  Ad 3.2: 8. Absatz Neue Formulierung:  „Es ist sicherzustellen dass vor allem bei PendlerInnen die Tagesarbeitszeit in einem vertretbaren Verhältnis zur Wegzeit steht und durch ein angemessenes Verhältnis zwischen einer zusammenhängenden Pause und der vereinbarten Tagesarbeitszeit gekennzeichnet ist. Es soll zu keinen geteilten Diensten kommen.“  Ad 6.1: Überschrift lautet nun „Familie“, Privatleben, Bildung und Beruf“ | Die APK für das Bundesfrauenforum empfiehlt im Kapitel „Arbeitsmarkt – Arbeitszeit – Arbeitslosigkeit“ die Forderung „Keine geteilten Dienste“ anzunehmen. Diese Formulierung ist etwas klarer, daher regen wir an auch im Leitantrag die Formulierung anzupassen. |
|  | Leitantrag der IGen „Gewerkschaft hat Zukunft“ | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
|  | Antrag Umstrukturierungen  WB Vorsitzenden & Stv., und Frauenbeauftragten | **Annahme mit Änderung/Ergänzung**  (Einstimmig)  Ergänzung:  Einfügung der Textpassage bei Verweis auf GPA-djp Positionierung zu Datenschutz im letzten Absatz unter der Überschrift „Aufwertung der betrieblichen Mitbestimmung“:"Bestehende datenschutzrechtliche Bestimmungen dürfen nicht dazu genutzt werden, um dem Betriebsrat wesentliche Informationen zu überlassenen MitarbeiterInnen vorzuenthalten." |  |

Anträge Region Wien

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag/ | Thema | Empfehlung | Notizen |
| 1 | Leitantrag Region Wien | Antrag entspricht inhaltlich den Leitanträgen des Bundesvorstands und ist somit in diesen enthalten.  Die vorliegenden Ergänzungen der Region Wien werden zur **Annahme** empfohlen:  **(Mehrheitlich)**  Anhebung der Mindestlöhne- und -gehälter auf 1.700,-- EUR  Verpflichtung, dass die Ziele für Incentivevereinbarungen (Bonus) in der Normalarbeitszeit erreichbar sind  Bildung: Individuelle Entwicklung, Förderung und Bildung sind die Grundsteine für die Beseitigung von Diskriminierung und der „Vererbung“ von Bildungsbiographien sowie der Grundstein für eine ganzheitliche Entwicklung.  Ausbau qualitativ pädagogisch hochwertiger Ganztagesschulen, Schaffung von Bildungsstätten mit ausreichender räumlicher, finanzieller und personeller Ausstattung, wo formelle und informelle Bildung – Unterricht und Freizeitpädagogik – über den ganzen Tag verteilt stattfindet.  Das System der Abfertigung neu gehört dringend reformiert.  Die GPA-djp spricht sich gegen eine weitere Dynamisierung des Arbeitsmarktes aus. Schon jetzt sind – trotz der Bestimmungen des § 105 ArbVG – ArbeitnehmerInnen über dem 50. Lebensjahr deutlich stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Es muss im Interesse einer sinnvollen Arbeitsmarktpolitik sein, Menschen so lange als möglich im Arbeitsprozess zu halten und diverse Schutzbestimmungen zumindest nicht zu verschlechtern, respektive dem geltenden Recht praxisorientiert Rechnung zu tragen. |  |
| 2 | Einheitliche gesetzliche Standards in der Kinder- und Jugendbetreuung (Bundesrahmengesetz); solange dies fehlt – Festlegung von Mindeststandards (in zahlreichen Bereichen) durch die Länder | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  **Änderung:** Ad 2. Forderung: da der Antrag beim BUFO eingebracht wird, sollte die Wortfolge „muss das Land Wien“ durch „**müssen die Bundesländer**“ ersetzt werden |  |
| 3 | KV für private Kinderbildungseinrichtungen | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
| 5 | Zurverfügungstellung von zweckmäßiger Berufsgruppenkleidung im Sozial- und Gesundheitsbereich (insb. bei mobilen Pflege- und Betreuungsdiensten und in der Straßensozialarbeit) durch den AG durch entsprechende Bestimmungen in den relevanten KVen | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
| 6 | Neue gewerkschaftliche Herausforderungen im Bereich Demenz und Migration | **Annahme mit Änderung**  (Einstimmig)  Änderung:  Bei letztem Forderungspunkt:statt max. 4 Arbeitstage pro Woche Änderung:\_ „bei einem **Rechtsanspruch** auf 4 Tagewoche“ |  |
| 8 | Anerkennung von mobiler Pflege- und Betreuung als Schwerarbeit und verpflichtende SEG-Zulagen in allen relevanten KVen | **Annahme**  (Einstimmig) | **Anmerkung**: Die zweite Forderung wird insofern relativiert, als das richtigerweise betont wird, dass eine wesentliche Voraussetzung für verpflichtende SEG-Zulagen in den relevanten KVen darin besteht, dass die Trägerorganisationen der mobilen Pflege dafür ausreichend finanzielle Mittel von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt bekommen. |
| 9 | Verankerung des „Bestbieterprinzips“ im BVergG (Qualitätssicherung in der Bundesvergabe) | **Annahme**  (Einstimmig) | **Anmerkung**: Im Leitantrag 8 „Soziale Sicherheit“ wird folgende Forderung aufgestellt: „Bei öffentlichen Auftragsvergaben sind Entscheidungen nach dem Bestbieterprinzip zu treffen“. Die Forderung ist somit bereits in den Leitanträgen enthalten. |
| 11 | Eine Reihe von Maßnahmen für eine zeitgemäße Pflege in Österreich | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
| 12 | Umfassende Maßnahmen zur Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:  Erweiterung im 7. Absatz, am Ende des Satzes: „bei vollem Einkommens- und Personalausgleich.“  Vorletzter Forderungspunkt: **Neue Formulierung:** „Ziel ist es 6 Wochen Urlaubsanspruch für alle unselbständig Beschäftigten zu erreichen. Als erster Schritt fordern wir volle Dienstzeitanrechnung auch bei Dienstgeberwechsel“  Begriff „Regionalforum“ in „Bundesforum“ ändern | **Anmerkung**: Die Forderung nach „gesetzlichen Schritten zu einer Verkürzung der wöchentlichen Normalarbeitszeit in Richtung 30-Stunden-Woche bei vollem Einkommensausgleich“ deckt sich inhaltlich mit dem Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ wo grundsätzlich eine Verkürzung der NAZ auf 35 Stunden bei vollem Lohn-/Gehaltsausgleich gefordert wird; als erster Schritt dazu wird eine Verkürzung der gesetzlichen NAZ auf 38,5 Stunden angesehen und mittelfristig wird eine 30 Stunden Woche angestrebt. |
| 13 | Maßnahmen für eine zeitgemäße Sozialarbeit im 21. Jhdt., insb. eigenes Bundesberufsgesetz für SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen | **Annahme**  (Einstimmig) |  |

Anträge Region Tirol

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Leitantrag | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderung: Änderung des Betrages auf EUR 1.700,-- .  Änderung: Übernahme der Formulierung des Leitantrages Gute AZ | Dieser entspricht inhaltlich den Leitanträgen des Bundesvorstands und ist somit in diesen enthalten.  Ausnahme:   * Forderung nach kollektivvertraglichen Mindestlohns/-gehalts von EUR **1800,--**. Im Leitantrag 1 „Mission Statement und den Anträgen der WB Vorsitzenden werden 1.700,-- EUR gefordert.   Eine weitere Abweichung betrifft die **Arbeitszeitverkürzung:**  Tirol fordert eine „eine generelle Verkürzung der **gesetzlichen** Arbeitszeit **auf 35 Stunden** und setzen uns für weitere Verkürzungen der Normalarbeitszeit auf 30 Stunden zu nächst im KV ein. Die Verkürzung soll mit Lohn- und Gehaltsausgleich erfolgen“  Im Leitantrag des Bundesvorstands „Gute Arbeitszeiten“ wird eine Verkürzung der **gesetzlichen** Arbeitszeit **auf 38,5** und der kollektivvertraglichen auf 35 Stunden mit dem mittelfristigen Ziel einer 30 Stundenwoche gefordert. |
| 2 | Rechtsanspruch auf Altersteilzeit | **Annahme**  (Einstimmig) | **Anmerkung**: ist im Antrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ als Forderung bereits enthalten. Hier wird gefordert: „Individueller Rechtsanspruch von ArbeitnehmerInnen auf Altersteilzeit.“ |
| 3 | Verpflichtung des AG zur Errichtung einer Betriebskinderbetreuungseinrichtung ab 250 MA | **Zuweisung** - Erörterung im zuständigen Bundeswirtschaftsbereich unter Einbindung des Antragsstellers und Bericht an den Bundesvorstand mit dem Auftrag zu diskutieren, ob die Grenze von 250 MitarbeiterInnen als sinnvoll zu erachten ist, und ob/wie eine Verpflichtung bzw. verstärkte Verantwortung der Betriebe erreicht werden kann.  (Einstimmig) | Im Leitantrag für das Bundesfrauenforum wird ua gefordert: „Ausbau von qualitativ hochwertigen, flächendeckenden Kinderbetreuungs- und -Kinderbildungsplätzen sowie Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und Bildung ab dem 1. Lebensjahr.“ sowie „Recht auf qualitativ und quantitativ ausreichende und finanziell leistbare Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder ab dem 1. Lebensjahr und Ganztagsbetreuungseinrichtungen für Schulkinder.“  Die Verpflichtung des AG ab einer Beschäftigungsanzahl von 250 MA einen Betriebskindergarten zu errichten bzw. geeignete Plätze anzubieten geht noch über die obig genannten Forderungen hinaus bzw. ergänzt diese. |
| 5 | Flächendeckende Einführung eines Vertretungsorgans für die „Lehre mit Matura“-SchülerInnen | **Annahme**  (Einstimmig) | Ein Vertretungsorgan für die SchülerInnen der Vorbereitungskurse für die Berufsreifeprüfung, das ähnlich wie die Vertretung an den Berufsschulen aufgebaut sein soll, ist sinnvoll und vernünftig. |
| 6 | Bezahlte Dienstfreistellung für Mitglieder von freiwilligen Blaulichtorganisationen im Einsatzfall | **Annahme mit Ergänzung**  Einfügung eines vierten weiteren Forderungspunktes: „Eine breitere Versorgung durch die öffentliche Hand ist sicherzustellen.“  (Einstimmig) | Der Antrag wird damit begründet, dass die bezahlte Freistellung im Einsatzfall erforderlich ist, um das System der Freiwilligkeit (freiwillige Feuerwehr, Rettungsorganisationen, Bergrettung, etc.) aufrechterhalten zu können. |
| 7 | Verlängerung der Pflegefreistellung gem § 16 Abs 1 und 2 UrlG um jeweils eine Woche | **Annahme**  (Einstimmig) | Gefordert wird eineVerlängerung sowohl des Grundanspruches als auch des weiteren darüber hinausgehenden Anspruches für die Betreuung von Kindern bis zum 12. Lj. um jeweils eine Woche. |
| 8 | Aufarbeitung von Straßen-/Gassen-/Platznamen bzw. Gebäuden und Einrichtungen die nach NS-VerbrecherInnen benannt sind | **Annahme**  (Einstimmig) | Im Sinne einer lückenlosen Aufarbeitung der NS-Herrschaft und von deren Auswirkungen ist der Antrag zu bejahen. |
| 9 | Sechste Urlaubswoche ab 25 Dienstjahren (unabhängig von durchgängiger Betriebszugehörigkeit) sowie Urlaubsanspruch für freie DN | **Annahme**  (Einstimmig) | **Anmerkung**: Sechste Urlaubswoche ab 25 Jahren auch bei DG-Wechsel ist in Antrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten: „Volle Anrechnung von Vordienstzeiten zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche. Analog zur Regelung bei der Abfertigung Neu soll der/die ArbeitnehmerIn auch bei Wechsel des Dienstgebers seine/ihre Ansprüche mitnehmen können.“  Forderung nach Einbeziehung der freien DN in das UrlG ist zu bejahen, da die IG work@flex auf der „watchlist prekär“ und in ihrem Leitantrag („Gewerkschaft hat Zukunft“) die „arbeitsrechtliche Gleichstellung von freien DN mit unselbstständig Beschäftigten“ verlangt, was auch die Einziehung in das UrlG und den daraus resultierenden Urlaubsanspruch impliziert. Die Forderung ist somit bereits im Leitantrag der IG enthalten. Sie findet sich ebenso (sogar explizit) im Leitantrag 4 „Faire Arbeitsbedingungen“. |
| 10 | Anhörung des Jugendvertrauensrates im Landesfeuerwehrgesetz | **Zuweisung** an den Regionalvorstand Tirol  (Einstimmig) | Der Antrag hat keine bundesweite Bedeutung, da er sich auf die Änderung einer VO der LReg, die wiederum auf einem LandesG basiert, bezieht. |
| 12 | Uneingeschränkte Anerkennung der Berufsreifeprüfung | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
| 13 | Wiederaufnahme der Zuschüsse zur studentischen Selbstversicherung iHv 50% durch das BMWFW | **Annahme** mit vorgeschlagenen Änderungen  Im Forderungspunkt: Streichung von „und Pensionsversicherung“ sowie Änderung: „durch das Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft“  (Einstimmig) |  |
| 14 | Unterrichtsfach Politische Bildung ab der 5. Schulstufe | **Annahme** mit Ergänzung im Forderungspunkt „verpflichtend und in altersgerechter Weise“.  (Einstimmig) | **Anmerkung**: Im Leitantrag 8 „Bildung“ wird die „Einführung sowohl von Sozial- und Arbeitsrechtsunterricht als auch von politischer Bildung als verpflichtendem Unterrichtsfach im Sinne einer umfassenden Allgemeinbildung, die besonders auch emanzipatorische und zivilgesellschaftliche Bildungsziele zur berücksichtigen hat“ gefordert. Diese Formulierung umfasst die genannte Forderung im Wesentlichen. |
| 15 | Einführung einer Vermögensteuer und Senkung der Steuern auf Arbeit | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:   1. Forderungspunkt: „(…) mit einem Freibetrag von EUR 300.000,- für Angehörige und EUR 150.000,- für alle anderen und juristischen Personen.“ 2. Forderungspunkt: „(…) mit einem Freibetrag von EUR 700.000,- (…).“ | **Anmerkung**: Sämtliche Forderungen des Antrages sind im Leitantrag „Steuern“ enthalten bzw. werden dort erläutert. Folgende Abweichungen gibt es: Der Freibetrag bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer beträgt nach dem ÖGB-Modell für Angehörige EUR 300.000,-, für alle anderen jedoch (nur) EUR 150.000,-. Im Leitantrag ist der Freibetrag bei der Vermögensteuer mit EUR 700.000,- niedriger. |
| 16 | Einkommensschere schließen mit 1:12 | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen: Neue Überschrift: „Einkommensunterschiede verringern“  Erster Absatz: Streichung von „(…) und das schaffen wir mit 1:12! Doch was ist 1:12?“  Zweiter Absatz: Streichung  Streichung der 3 Forderungspunkte und Ersatz durch folgende Forderung: „Die GPA-djp unterstützt Initiativen, die einem weiteren Auseinanderklaffen der Löhne/Gehälter von ArbeitnehmerInnen und ManagerInnen entgegenwirken, und setzt sich für eine Verringerung der Einkommensunterschiede ein.“ | Das Ziel den Einkommensunterschied zu schließen ist zu befürworten.  Jedoch ist anzumerken:  Ad 1. Forderung: Der ÖGB kann sich nicht im ÖGB für etwas einsetzen, das können nur die Fachgewerkschaften. Ad 3. Forderung: Eine Einkommensschere von 1:12 gibt es in den KVen gar nicht, Beispiele: BAGS – 1:2,8, EVU – 1:3,17, Metall – 1:2,95, Sparkassen – 1:2,7;  Forderungen sind hinsichtlich Umsetzbarkeit nicht praktikabel.  Umformulierung in Richtung grundsätzliche Zielrichtung bekräftigend ohne Festlegung auf ein bestimmtes Verhältnis. |
| 17 | Infrastruktur in öffentlicher Hand | **Annahme mit Änderung:**  Änderung im 2. Forderungspunkt: Streichung der Formulierung „zum damaligen Verkaufspreis“  (Einstimmig) | Rückkauf von Unternehmen in der Daseinsvorsorge ist sinnvoll. |
| 18 | BR mit JVR stärken | **Annahme mit Änderung**  Änderung: Streichung des 3. Forderungspunktes  (Einstimmig) | Die dritte Forderung, Funktionen in der Gewerkschaft vorrangig an Betriebsräte zu vergeben in denen ein JVR gegründet wird oder existiert, ist schwer administrierbar, da es auch andere wichtige Kriterien für die Gremienzusammensetzung gibt (zB steigender Organisationsgrad) |
| 19 | Einführung und Bewerbung einer Finanztransaktionssteuer | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:  Streichung des ersten Forderungspunktes.  Neuer erster Forderungspunkt: Änderung des Satzbeginnes: „Die GPA-djp bewirbt (…)“  Neuer zweiter Forderungspunkt: Neuer Satzbeginn: „Die GPA-djp setzt sich weiterhin mit voller Kraft (…)“ | **Anmerkung**: Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist im Leitantrag „Steuern“ enthalten: „Rasche Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer“. |
| 20 | 12-Stundentag verhindern | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderung: Umformulierung des letzten Forderungspunktes: „GewerkschafterInnen lehnen Arbeitszeitverlängerungen und Änderungen der Arbeitszeiten ab, die Verschlechterungen für die ArbeitnehmerInnen bringen. Arbeitszeitregelungen müssen für ArbeitnehmerInnen Vorteile bringen ansonsten werden wir dagegen mobilisieren.“ | **Anmerkung**: Die zweite Forderung ist im Wesentlichen im Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten: „Generelle Verkürzung der Normalarbeitszeit auf 35 Stunden bei vollem Lohn-/Gehaltsausgleich. In einem ersten Schritt soll analog zu vielen KV-Regelungen die gesetzliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden reduziert werden. Mittelfristig streben wir eine 30 Stunden Woche an.“ Und: „Volle Anrechnung von Vordienstzeiten zum besseren Erreichen der 6. Urlaubswoche. Analog zur Regelung bei der Abfertigung Neu soll der/die ArbeitnehmerIn auch bei Wechsel des Dienstgebers seine/ihre Ansprüche mitnehmen können.“  **Die entscheidende Frage hinsichtlich des Antrages besteht darin**: Soll sich die GPA-djp generell gegen jegliche weitere AZ-Flexibilisierungen stellen oder hier offen sein, und die Zustimmung vielmehr vom Gesamtpaket abhängig machen? | |
| 21 | Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden als erster Schritt für eine Verkürzung auf 30 Stunden | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderung im Forderungspunkt: Umformulierung des Satzteiles „als erster Schritt“ in „als ein Schritt“ | **Anmerkung**: diese Forderung ist im Leitantrag 5 „Gute Arbeitszeiten“ enthalten bzw. abgebildet (siehe Antrag 20); einziger Unterschied: als erster Schritt soll im Leitantrag die gesetzliche AZ analog zu vielen KV-Regelungen auf 38,5 Stunden herabgesetzt werden. | |
| 22 | Erhöhung des kollektivvertraglichen Mindestlohns/-gehalts auf EUR 1800,- | **Annahme mit Änderung**  (Mehrheitlich)  Änderung im ersten Forderungspunkt: „EUR 1.700“ anstatt EUR 1.800“. | **Anmerkung**: Im Leitantrag 1 „Mission Statement“ ist entsprechend dem zuletzt von Wolfgang Katzian und Erich Foglar öffentlich bekundeten Ziel der Anhebung der KV-Mindestlöhne/-Gehälter auf **EUR 1700,-**, der gerade erwähnte Betrag als künftige Zielsetzung genannt. Vorschlag: Forderung ist grds im Mission Statement bereits enthalten; wenn der Antrag aufrechterhalten bleibt, dann müsste der Betrag auf EUR 1700,- geändert werden.  Beim Bundesforum 2010 haben wir das Ziel von 1.300 EUR und Mindestgehalt beschlossen und dieses im Lauf der Periode schrittweise durch höhere Ziele ersetzt.  - 1700 EUR entsprechen 9,9 EUR Stundenlohn (Sonderzahlungen nicht eingerechnet) und das sind 50% des Durchschnittstundenverdienstes bzw. 77% vom Median  Wenn man das international vergleicht, sollte man Sonderzahlungen einrechnen. Dann würden 1750 14 mal 1983 auf Jahreszwölftel entsprechen bzw. 11,5 je Stunde. Das wäre höher als der höchste gesetzliche Mindestlohn in der EU. (Lu: 11,12 EUR, F: 9,61, Nl: 9,21) Quelle WSI Mitteilungen 2/2015 | |
| 23 | Reformmaßnahmen für Zivil- und Präsenzdienst | **Zuweisung** an Bundesjugendvorstand und Ergebnisbericht an den BuVO  (Mehrheitlich) |  | |
| Hat keine Nr | Frauenleitantrag | Antrag entspricht bis auf wenige Punkte dem Leitantrag des Bundesfrauenforums.  **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderungen:  KV Mindestgehalt: EUR 1700.  Änderung analog zu der Formulierung des Leitantrages zum Punkt Kindererziehungszeiten: „Bessere Bewertung von Kindererziehungszeiten in der Pensionsversicherung“. | **Anmerkung**: Dieser Leitantrag **deckt** sich bis auf wenige Punkte/Forderungen mit dem Leitantrag für das Bundesfrauenforum, es macht daher uE wenig Sinne diesen als solches als Antrag der GPA-djp-Tirol in das BuFo einzubringen.  **Bedeutende Abweichungen** sind:   * KV-Mindestgehalt von EUR 1800,- statt EUR 1700,-; * Volle Anrechnung der Kinderziehungszeiten in der der PV für jedes Kind unabhängig in welchem Abstand die Kinder geboren sind * **Anmerkung**: Die APK empfiehlt eine bessere Anrechnung der Kinderziehungszeiten in der PV; nicht jedoch eine „doppelte Berücksichtigung sich überlappender Kindererziehungszeiten“ * Einführung des „ius soli“ im österr. Staatsbürgerschaftsrecht. * Anmerkung: Das entspricht inhaltlich der Forderung, dass. „Kinder, die in Österreich geboren sind und deren Eltern sich bereits mehrere Jahre legal in Österreich aufhalten, automatisch die österr. Staatsbürgerschaft erhalten sollen“. (entspricht BuVo-Beschluss aus 2012 und Formulierung in Leitantrag 11 „Gesellschaftspolitik“). | |
| Initiativantrag eines Mitglieds | Automatische Indexierung der Steuerstufen anhand des VPI zur Bekämpfung/Abschaffung der Kalten Progression („Tarif auf Rädern“) | **Ablehnung**  (Einstimmig)  Ablehnung, weil es dazu eine andere Forderung im Leitantrag Steuern gibt, die dieselbe Zielsetzung mit einer anderen Maßnahme anstrebt. | In ÖGB/AK-Modell wurden Maßnahmen zur Bekämpfung der Kalten Progression formuliert, die sich in Leitantrag 3 „Steuern“ wiederfinden: „Damit die Steuerentlastung auch nachhaltig gesichert wird, bräuchte es jedoch noch zusätzliche Maßnahmen: Wenn die Teuerung seit der letzten Tarifanpassung insgesamt 5% erreicht hat, soll – vergleichbar mit entsprechenden Regelungen für Mieten – wieder eine Anpassung des Steuertarifs stattfinden. Wie die Anpassung konkret erfolgt, muss allerdings eine politische Entscheidung bleiben, das ermöglicht sozial ausgewogene Lösungen. Kommt keine politische Einigung zustande, soll automatisch eine vorher gesetzlich festgesetzte Lösung in Kraft treten.“ | |

Anträge GPA-djp PensionistInnen

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Antrag | Thema | Empfehlung | Notizen |
|  | Pensionen | Ist bereits im Leitantrag enthalten  (Einstimmig) | Diese über den Leitantrag hinausgehenden Forderungen, wurden im Leitantrag bereits ergänzt:   * Ablehnung eines Automatismus zur Anhebung des Pensionsalters. * Eine korrekte Darstellung des gesamten Aufwandes für Pensionen. |
|  | Pflege und Betreuung | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderung: Zusätzliche Forderung im Sinne der Formulierung des Leitantrages hinsichtlich Abschaffung der Selbständigkeit bei der 24-Stunden-Betreuung: „Abschaffung der Selbständigkeit bei der 24-Stunden-Betreuung, weil diese in Wirklichkeit eine Scheinselbständigkeit darstellt, mit der Folge, dass weder das Arbeitszeitrecht noch das kollektivvertragliche Mindestentgelt zur Anwendung kommen. 24-Stunden-Betreuungskräfte sollen bei zertifizierten Trägervereinen beschäftigt sein.“ | Kein Widerspruch zum Abschnitt „Pflege und Betreuung“ im Leitantrag Soziale Sicherheit. Schwerpunkt auf 24 Stunden Personenbetreuung.  (Klärung mit PensionistInnen ist erfolgt.) |

Anträge work @ migration

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
|  | Für menschenwürdiges Asyl | **Annahme**  (Einstimmig) |  |
|  | Antrag: Verbesserung der Situation von SexdienstleisterInnen | **Zuweisung an das Präsidium**  (Einstimmig) | Der Antrag thematisiert viele Punkte, die vertieft diskutiert werden müssen, da es dazu keine gemeinsame Sichtweise gibt (z.B. freie Wahl zwischen selbstständiger und unselbständiger Ausübung der Tätigkeit), daneben gibt es viele Punkte die zur Annahme empfohlen werden (Verbot der Bewerbung, Beauftragung, Nachfrage und Angebot von unsafen Sexdienstleistungen)  Es ist zu entscheiden, ob und in welchem Ausmaß die GPA-djp dieses Thema diskutieren will. |
|  | Antrag auf Hinnahme der Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaft | **Annahme**  (Einstimmig) |  |

Anträge Mitglieder

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Mag. Gerhard Mikolasch  Mg.Nr.: 007629427 | Einrichtung von Branchensolidaritätsfonds zur Verhinderung von Arbeitslosen | **Zuweisung an Arbeitsgruppe** unter Einbeziehung der Geschäftsbereiche Grundlagen und IV sowie dem Antragsteller mit Bericht an den BuVO  (Einstimmig) | Statt eines Bonus Malus Systems sollen Branchensolidaritätsfonds eingeführt werden. Finanziert durch Unternehmen und Mitarbeiter  Ziel: Lohnersatz für vorzeitig Ausgeschiedene, Umschulungskosten, Arbeitszeitreduktion-Lohnausgleich, Vorruhestand  Derartige Zwecke kann man mit Arbeitsstiftungen durchsetzen. Das ist auch sinnvoll, hat aber einen anderen Zweck als das Bonus Malus-system. Dieses soll jene fördern, die ältere beschäftigen. Da geht es also nicht darum Auffanglösungen zu haben für ältere die abgebaut werden.  Insofern stehen sich die beiden Instrumente nicht entgegen, weil sie andere Zwecke verfolgen.  Nur bedingt vereinbar ist diese Forderung mit der Position, Unternehmen verstärkt zur Schaffung alterns-/altersgerechter Arbeitsbedingungen zu verpflichten und einen Rechtsanspruch auf Umstieg auf eine weniger belastende Tätigkeit zu verankern. Ältere AN mittels Branchensolidaritätsfonds abzubauen, wäre für Unternehmen wahrscheinlich die weniger herausfordernde Möglichkeit. |
| **FCG** |  |  |  |
| Wolfgang Pischinger, Mg.Nr.: 009479600 | Mensch und Arbeit | **Annahme**  (Einstimmig) | Forderung nach Generationenmanagement und „Alternsbeauftragten“ als erzwingbare BV  Ist in Zusammenhang mit den Forderungen des Leitantrages zu „Gesunde Arbeit“, zu sehen, in welchem erzwingbare BVs zu alters-/alternsgerechter Arbeit bzw. verpflichtende Maßnahmen zur Umsetzung von alters-/alternsgerechtem Arbeiten im Zuge der Evaluierung nach dem AN-Schutzgesetz gefordert werden. |
| Hans Jappel, Mg.Nr.: 007638515 | Keine Aufweichung der Sonntagsruhe im Wiener Handel | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:   * Ad Überschrift: Streichung von „Wiener“ * Änderung der zweiten Forderung: „Die GPA-djp setzt sich für eine Verankerung des arbeitsfreien Sonn- und Feiertags in den Landesverfassungen als klares Bekenntnis für die Sonntagsruhe im Handel ein.“ |  |
| Sibylla Wachsler, Mg.Nr.: 090580230 | Automatische Inflationsanpassung der Absetzbeträge und Einkommensgrenzen bei den Steuertarifen | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderungen:   * Änderung des Titels, neuer Titel lautet: „Regelmäßige verpflichtende Belastungsprüfung aus der geeignete Maßnahmen zur Inflationsanpassung der Absetzbeträge und Einkommensgrenzen bei den Steuerstufen abgeleitet werden müssen.“ * Streichung der bisherigen zwei Forderungen und Ersatz durch: „Eine regelmäßige verpflichtende Belastungsprüfung aus der geeignete Maßnahmen zur Inflationsanpassung der Absetzbeträge und Einkommensgrenzen bei den Steuerstufen abgeleitet werden müssen.“ * Streichung des Absatzes vor dem Forderungspunkt. | Koll. Wachsler wurde informiert und stimmt der Umformulierung zu. |
| Franz Haberl,. Mg.Nr.: 008942757 | Anhebung der Beiträge in Mitarbeitervorsorgekassen | **Annahme mit Änderung**  (Einstimmig)  Änderung:  Zusätzlicher (erster) Forderungspunkt: „Verbesserung der Systemeffizienz.“ |  |

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| **AUGE** |  |  |  |
| Stefen Buger  Mg.Nr.: 08628816 | Arbeitszeitverkürzung | **Annahme mit Änderungen**  (Mehrheitlich)  Änderungen:   * Absatz bzw. Einleitung zu Forderungspunkten: Streichung von „der täglichen Normalarbeitszeit in Richtung 6-Stunden-Tag“ und Ergänzung: „Einkommens- und Personalausgleich,“ * Änderung des vorletzten Forderungspunktes in: „Ziel ist es 6 Wochen Urlaubsanspruch für alle unselbständig Beschäftigten zu erreichen. Als erster Schritt fordern wir volle Dienstzeitanrechnung auch bei Dienstgeberwechsel.“ | Forderungen decken sich weitgehend mit dem Leitantrag  Forderung nach AZV „Richtung 30 Stunden-woche – auch im AZ Leitantrag,  ad tägl. NAZ „Richtung 6 Stundentag“ - nicht im Leitantrag, hier gibt es unterschiedliche Einschätzungen und Meinungen. Die Bedürfnisse zur Aufteilung einer kürzeren Wochenarbeitszeit sind nicht einheitlich und hier sollte es flexible Lösungen geben.  Ad 6 Wochen Urlaub für alle Beschäftigten  .“ |
| Stefan Steindl  Mg.Nr.: 230507037 | Demokratie im Betrieb | **Zuweisung an Beirat für Arbeit und Technik** unter Einbeziehung des Antragstellers sowie Ergebnisbericht an Bundesvorstand  (Einstimmig) | Zielt v.a. auf Erweiterungen der Kompetenzen von BetriebsrätInnen ab bzw. hätte eine grundlegende Neuregelung hinsichtlich Rolle und Verantwortung der Interessenvertretung zur Folge (z.B. Vetorecht bei AG-Maßnahmen und bei Bestellung des Managements).  Eine Reihe von Forderungspunkten werden durch geltende gesetzliche Bestimmungen bereits geregelt. Einige Forderungspunkte sind im Rahmen des Leitantrages im Kapitel Mitbestimmung und kollektives Arbeitsrecht bereits enthalten. |
|  |  |  |  |
| Mitglieder  Martin Birkner  Michael Botka (223590423)  Diane Branellec (010790993)  Clemens Christl (009957618)  Vedrana Covic (23734208)  Manuel Domnanovich  Robert Foltin (223150502)  Camila Garfias (264921495)  Lucia Grabetz (245124524)  Rainer Hackauf (239548899)  Peter Haumer  Julia Hofmann (221525312)  Gerd Jung (219035623)  Daniela Koweindl (225591509)  Katharina Krischke (245689618)  David Laumer (248887749)  Maria Lehmden (226151359)  Hanna Lichtenberger (202985756)  Monika Mokre  Michaela Moser (010543430)  Markus Netter  Marlene Nuver (246147921)  Benjamin Opratko (226145013)  Maria Pollak (243410578 )  Florian Reiter (227856120)  Daniel Sanin (234278043)  Axel Schacht (227107597)  Andrea Schoberleitner (233122527)  Sarah Seiwald (231007607)  Linda Sepulveda Urrejola (107787437)  Lisa Sinowatz  Sandra Stern (225717669)  Christine Stern  Stefan Steindl (230507037)  Samuel Stuhlpfarrer (232464170)  Philip Taucher (237286798) | Solidarität kennt keine Grenzen | **Annahme mit Änderungen**  (Einstimmig)  Änderung der zweiten Forderung in: „Finanzielle Unterstützung von Projekten von engagierten Gewerkschaftsmitgliedern zur Unterstützung von Flüchtlingen“. |  |
| 7 Mitglieder  Rainer Hackauf (239548899)  Karin Jovic (224235023)  Daniela Koweindl (225591509)  Stefan Steindl (230507037)  Sandra Stern (225717669)  Philip Taucher (237286798)  Andreas Wöckinger (249662097) | Gleiche Rechte für alle ArbeitnehmerInnen | **Annahme mit Änderungen und Zuweisung** **des 6. Forderungspunktes**  Änderungen:  Ad 1. erster Satz lautet neu: „Die Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt verstärkt den Aspekt der Ausbeutung von undokumentierten ArbeitnehnerInnen und führt in Folge…“; ad erster Spiegelstrich in Punkt 1.: Ersatz durch Formulierung aus Leitantrag Gesellschaftspolitik: „Für Drittstaatenangehörige mit einem Aufenthaltstitel - dazu zählen auch Asylsuchende - ist der Zugang zum Arbeitsmarkt unter Prüfung und Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage mit dem von EU-BürgerInnen gleichzustellen.“; Streichung der dritten Forderung. Vierte Forderung: Umformulierung: „Ziel muss es sein menschenwürdigeBeschäftigungsformen herzustellen.“  (Mehrheitlich)  ad 2.  (Einstimmig)  Ad 3. Umformulierung letzter Satz in: „Darüber hinaus soll die Frist **erst bei** Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu laufen beginnen.“  (Einstimmig)  Ad 4. Streichung von „die von ArbeitgeberInnen ausgebeutet werden“ im dritten Satz  Nächster Satz neu „Die Beratungspraxis von UNDOK zeigt, dass…“  (Einstimmig)  Ad 5.  (Einstimmig)  Ad 6.Zuweisung unter Einbeziehung des Antragstellers an den Geschäftsbereich Grundlagen mit Bericht an den BuVO  (Einstimmig) |  |

Frauen APK Ergänzungen

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Leitantrag Frauen |  | **Annahme**  Forderung nach 50% Quote in Aufsichtsräten versus 40% im Leitantrag Gesellschaftspolitik.  (Einstimmig)  **Ergänzung**: „Mehrarbeitszuschlag anheben auf Höhe des Überstundenzuschlages (50%)“.  (Einstimmig)  **Forderung** nach Elternteilzeit auch für Betriebe bis 20 Beschäftigte bzw. mit weniger als 3 Dienstjahren  (Einstimmig)  „Erweiterung der Bildungsfreistellung für Betriebsratsmitlieder Mitglieder auf 5 (plus 2 Wochen) innerhalb einer Funktionsperiode. Eigenständiger Anspruch für Ersatzbetriebsratsmitglieder.“  (Einstimmig)  Ad Geschlechtergerechtigkeit in die Wirtschaftspolitik:  „Mit einer Erhöhung der Rückerstattung der Sozialversicherungsbeiträge  als Negativsteuer (Sozialversicherungsgutschrift) im Rahmen der ArbeitnehmerInnenveranlagung  über die 50%-Marke hinweg – mittelfristig auf bis zu Euro 600,– und der Verpflichtung zur regelmäßigen Valorisierung des  Deckelungsbetrages, würde ein zusätzlicher Entlastungseffekt für BezieherInnen niedriger Einkommen erzielt.“  (Einstimmig) |  |